



Liebe Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Interessierte,

am 18. Juni hat das EU-Parlament die umstrittene „Rückführungsrichtlinie“ beschlossen, mit der die bislang unterschiedlichen Regelungen für ausreisepflichtige Flüchtlinge innerhalb der Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren vereinheitlicht werden sollen. Der Kompromiss stellt für die in Deutschland lebenden Flüchtlinge insgesamt leider keine Verbesserung dar. Strenge Regelungen, die bereits in der Bundesrepublik galten, wurden z. T. in das Regelwerk eingearbeitet, z. B. die Dauer der Abschiebehaft bis zu 18 Monaten oder ein langjähriges Wiedereinreiseverbot nach einer Abschiebung.

Unseren dritten Newsletter im Jahr 2008 erhalten Sie als Beilage zum Pro Asyl-Heft zum Tag des Flüchtlings „Stoppt das Sterben“, mit dem Pro Asyl und die Landesflüchtlingsräte eine Kampagne für ein faires Asylverfahren und gegen menschenrechtswidrige FRONTEX-Einsätze starten, die bis Ende des Jahres fortgeführt werden soll. Weitere Hefte, Plakate und Flyer können Sie über die BAG Pro Asyl beziehen. Ständig aktualisierte Infos erhalten Sie darüber hinaus über eine eigens eingerichtete Website. Wir bitten Sie, die Kampagne mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Wie immer haben wir in diesem Newsletter verschiedene Informationen aus Europa und Deutschland sowie interessante Urteile und Termine zusammengestellt.

Auf der letzten Seite des Newsletters finden Sie die Einladung zu unserem nächsten Plenum am 12. Juli in Stuttgart. Bitte melden Sie sich möglichst schnell zu dieser Veranstaltung an!

Darüber hinaus erhalten Sie mit diesen Informationen das Tagungsprogramm für unsere Herbsttagung in Bad Boll, für die Sie sich ebenfalls ab sofort anmelden können.

Es grüßen Sie herzlich

Reiner Klass

und die Mitglieder des Sprecherrates

Europa

Rückführungsrichtlinie: EU-Parlament verschärft Abschottungspolitik

Bis zu 18 Monaten Abschiebehaft, Inhaftierung von Minderjährigen und fünfjähriges Wiedereinreiseverbot für ganz Europa

223.000 Asylanträge sind im Jahr 2007 in den 27 Mitgliedstaaten der EU noch gestellt worden; am 18. Juni hat das Europaparlament diese bereits äußerst erfolgreiche Abschottungspolitik weiter verschärft: Gegen die Stimmen der Linken, Sozialisten und Grünen im Parlament wurde die Rückführungsrichtlinie beschlossen. Darin ist unter anderem eine Abschiebehaft von bis zu 18

Inhalt:

EU-Parlament verschärft Abschottungspolitik	1
Pro Asyl-Kampagne:	
„Stoppt das Sterben“	3
Neue Weisung zum Kindergeld für Bleibeberechtigte.....	4
VG Stuttgart: Gesundheitssystem im Kosovo nach wie vor eingeschränkt..	4
Resettlement: Aufnahme von irakischen Flüchtlingen	5
Xclusiv 5: AutorInnen gesucht	5
Termine	6
Ausstellung „Schau mich an“.....	7
Einladung zum Plenum am 12. Juli 2008.....	8

Herausgeber:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.
Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de



Gefördert durch die Europäische Union

und



UNO-Flüchtlingshilfe e.V.
Mut für Menschen.

Monaten Dauer vorgesehen. Darüber hinaus gilt ein Wiedereinreiseverbot von fünf Jahren für die gesamte Europäische Union.



369 Abgeordnete stimmten für die Richtlinie, 197 dagegen, 106 enthielten sich. Änderungsanträge von SPE, Grünen und der Vereinigten Europäischen Linken, die auf eine Verbesserung der Situation der von einer Rückführung Betroffenen zielten, wurden ebenso abgelehnt wie zwei Änderungsanträge, die die Richtlinie insgesamt zurückweisen wollten.

Bereits Anfang Juni hatten sich die EU-Innenminister auf die Regelungen geeinigt. Vor allem die Bundesregierung hatte darauf gedrängt, die in Deutschland bereits gültige 18-Monats-Frist bei der Abschiebehaft für die gesamte Europäische Union zum Normalfall zu machen. Diese Entscheidung wird von Kirchen-, Menschenrechtsorganisationen und den Flüchtlingsräten massiv kritisiert, weil sie auch in den Ländern, in denen die Abschiebehaft bislang kürzer ist, zu längeren Haftzeiten führen kann.

Pro Asyl kritisiert in einer Pressemitteilung vom 17. Juni, der vorliegende Entwurf eröffne weite Spielräume für die Mitgliedstaaten, ihre schäbigen und menschenrechtswidrigen Praktiken beizubehalten. Er werde die Menschenrechtsstandards nicht anheben, sondern diene als Blaupause für weitere nationalstaatliche Gesetzesverschärfungen.

„Europa braucht gemeinsame Standards, aber keine Rückführungsrichtlinie um jeden Preis“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. Der zur Abstimmung vorgelegte Entwurf verstoße in zentralen Bereichen gegen elementare Menschenrechtsstandards.



Angelika von Loeper beim Rundfunkinterview

(Fotos von Udo Dreutler, entstanden bei der Kundgebung vor dem EU-Parlament in Straßburg am 17. Juni 2008)

Weitere Infos:

www.europarl.europa.eu/news/public/default_de.htm: unter „EU-Institutionen“ finden Sie u. a. den genauen Text den nun beschlossenen Text der Richtlinie in deutscher Sprache. Unter „Justiz und Unionsbürgerschaft“ ist darüber hinaus die offizielle Pressemitteilung („EP verabschiedet Rückführungsrichtlinie“) vom 18. Juni eingestellt. In ihr werden die wichtigsten Punkte der Richtlinie erläutert.

www.proasyl.de: unter „Presseerklärungen“: Pressemitteilung vom 17. Juni: „Abstimmung im Europaparlament über die Rückführungsrichtlinie – Pro Asyl appelliert: Sagen Sie Nein! – Keine Richtlinie um jeden Preis.“

Presseerklärung, 13. Juni 2008

Europäische Außengrenzen: Stoppt das Sterben!

PRO ASYL startet Kampagne

Prominente Persönlichkeiten und Politiker aller Parteien unterstützen die von PRO ASYL initiierte Kampagne „Stoppt das Sterben“. Jahr für Jahr sterben Tausende von Menschen an den europäischen Außengrenzen. Das Mittelmeer und der Atlantik vor der westafrikanischen Küste sind zu Massengräbern geworden.



Zu den Erstunterzeichnern gehören u. a. Politiker wie der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, der CDU-Bundesminister a. D. Dr. Christian Schwarz-Schilling, die Bundesvorsitzende der Grünen Claudia Roth, der Menschenrechtsexperte der Partei Die Linke Michael Leutert, der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Dr. Max Stadler (FDP) sowie Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich wie Ulrike Folkerts, Navid Kermani und Die Toten Hosen. Mitgetragen wird der Aufruf von kirchlichen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden, dem

Deutschen Frauenrat, Juristen und Anwaltsvereinigungen, Menschenrechtsorganisationen und den Flüchtlingsräten der Bundesländer.

Mit ihrer Unterschrift fordern die Unterzeichner die EU-Staaten auf, den Zugang zu einem fairen Asylverfahren in Europa zu gewährleisten. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Gefordert wird deshalb die Einstellung menschenrechtswidriger Einsätze der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Sie operiert auf hoher See unter Missachtung geltenden Flüchtlingsrechts und der Menschenrechte. In internationalen Gewässern, zum Teil auch in den Territorialgewässern von Herkunfts- und Transitstaaten, werden Flüchtlingsboote verfolgt und zurückgedrängt. Schutzbedürftige Flüchtlinge haben in diesem System keine Chance. (...)

Die Spuren unrechtmäßiger FRONTEX-Praktiken lassen sich bis in die Jahresberichte der Organisation hinein verfolgen. Dort wird u. a. davon berichtet, dass allein im Jahr 2007 die Flucht von 17.087 Menschen unterbrochen (intercepted) wurde. Gemeint ist offenbar das Aufbringen von Flüchtlingsbooten auf hoher See. 6.213 Menschen sind nach demselben Jahresbericht im Zuge solcher Operationen abgedrängt/umgeleitet (diverted) worden. Hinter der undeutlichen Begrifflichkeit verbirgt sich die Unklarheit über das Schicksal der so Behandelten. Was mit potenziell Schutzsuchenden nach dem Zugriff durch FRONTEX geschehen ist, interessiert die Agentur letztlich nicht.

PRO ASYL appelliert an die Bürgerinnen und Bürger Europas, zur illegalen Zurückweisung von Flüchtlingen im Rahmen von FRONTEX-Einsätzen nicht zu schweigen. Deshalb sammelt PRO ASYL gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen Unterschriften in vielen Staaten Europas. Sie sollen dem Europäischen Parlament zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2008 übergeben werden.

gez. Günter Burkhardt
Geschäftsführer

Weitere Infos:

www.proasyl.de: Dort finden Sie den gesamten Aufruf als pdf-Datei zum Herunterladen. Der Aufruf kann dort außerdem online unterzeichnet werden.

www.stoppt-das-sterben.eu: Die offizielle Website zur Kampagne mit allen wichtigen Informationen.

Der Aufruf ist auch im diesem Newsletter beigefügten Heft zum Tag des Flüchtlings enthalten (S. 49). Die gesammelten Unterschriften werden zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2008 dem Europäischen Parlament übergeben.

Sozialrecht

Neue Weisung zum Kindergeld für Bleibeberechtigte Auch Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 104a erhalten Kindergeld

Das Bundeszentralamt für Steuern hat im nunmehr endlich auch per Weisung („Neufassung des Abschnittes 62.4 der DA-FamEStG unter anderem aufgrund des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“) an die Familienkassen klargestellt, was Lesekundige bereits dem Gesetzeswortlaut (§ 62 EStG) entnehmen konnten: Auch Ausländer mit AE nach § 104a AufenthG bekommen Kindergeld!

Dasselbe gilt für Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG aufgrund einer Bleiberechts- oder Altfallregelung.

Die Weisung vom 26. Mai 2008 im Wortlaut mit weiteren Konstellationen finden Sie auf der Website des Bundeszentralamtes für Steuern www.bzst.bund.de, wenn Sie mit der Suchfunktion nach „Kindergeldanspruch für Ausländer“ suchen.

Recht

VG Stuttgart: Gesundheitssystem im Kosovo ist nach wie vor sehr eingeschränkt

Im vorliegenden Fall war die Klage gegen den Widerruf erfolgreich; dem Ehepaar, Ashkali aus dem Kosovo, wurden Abschiebehindernisse zugesprochen.

Das Ehepaar war 2002 in die Bundesrepublik eingereist und hatte einen Asylantrag gestellt. Der Asylantrag wurde abgelehnt. Im Klageverfahren hob das Verwaltungsgericht 2004 diesen Bescheid auf und erkannte aufgrund der Erkrankungen beider Partner (schwere psychische Erkrankung/bösartiger Tumor) auf Abschiebungshindernisse nach § 53,6 AuslG.

Im Frühjahr 2007 wurde dennoch ein Widerrufsverfahren gegen das Ehepaar eingeleitet, da inzwischen durchaus adäquate Behandlungsmöglichkeiten der Erkrankungen im Kosovo bestehen würden. Gegen diesen Bescheid klagte das Paar vor dem VG Stuttgart.

Das Gericht gab den Klägern recht: Zwar habe sich die Befürchtung, der Kläger leide unter Lungenkrebs, nicht bestätigt, dafür habe er inzwischen aber einen schweren Herzinfarkt erlitten, und seine Herzprobleme bedürften der ständigen Überwachung. Das Gericht vermochte nicht davon auszugehen, dass sich die medizinische Versorgungslage im Kosovo seit der Entscheidung des VG Stuttgart im Jahre 2004 so maßgeblich verbessert hätte, dass nunmehr davon ausgegangen werden könnte, die Kläger würden bei einer Rückkehr in die Heimat dort hinreichend medizinisch versorgt. Selbst vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich die medizinische Situation in den letzten Jahren verbessert habe, könne man nicht davon ausgehen, dass dies mit Blick auf den konkreten Fall der Kläger ausreicht. Dass es möglich ist, das notwendige breite Spektrum an Medikamenten zur Behandlung des Klägers immer zuverlässig zu erhalten, könne nicht angenommen werden, erst recht, da er ständig damit rechnen müsse, dass sich sein Zustand weiter verschlechtere. Die Ehefrau sei aufgrund ihres sehr labilen psychischen Zustands keine verlässliche Hilfe. Aufgrund des Gesundheitszustands beider Kläger käme außerdem eine Erwerbstätigkeit im Kosovo nicht in Frage. Das Gericht sah deshalb im Falle einer Rückkehr für das Ehepaar eine konkrete und individuelle Gefahr für Leib und Leben. (Az. A 9 K 5142/07)

Neu auf www.fluechtlingsrat-bw.de: Auswertung von Gerichtsurteilen

Ab sofort bietet der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg einen neuen Service für alle Interessierten auf der Website an: In Zusammenarbeit mit Rechtsanwalt Franz Hoß, Karlsruhe, wollen wir Ihnen in unregelmäßigen Abständen interessante Gerichtsurteile vorstellen und diese erläutern. Sie finden dieses Angebot unter „Beratungspraxis“. Falls wir Sie regelmäßig über neu eingestellte Informationen in diesem Bereich informieren sollen, genügt ein kurzes Mail an die Geschäftsstelle:
info@fluechtlingsrat-bw.de

Resettlement

Aufnahme von irakischen Flüchtlingen aus den Nachbarländern des Iraks

Bundesregierung stimmt einer Aufnahme grundsätzlich zu

In die Debatte um das Resettlement ist Bewegung bekommen. Deutschland ist bereit, ohne Abwarten auf eine EU-Entscheidung in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und anderen in der Region aktiven Organisationen eine größere Zahl von aus religiösen, ethnischen oder anderen Gründen schutzbedürftigen irakischen Flüchtlingen aus den Nachbarländern des Iraks (ob auch aus dem Irak selbst ist unklar) aufzunehmen und ihnen den Flüchtlingsstatus (EU-Richtlinie 2004/843) zu gewähren.

Bereits Anfang Juni haben Berlins Innensenator Körting und Brandenburgs Innenminister Schönbohm von Bundesinnenminister Schäuble den Auftrag erhalten, ein konkretes Konzept für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland vorzulegen. Gegenüber der Berliner „Tageszeitung“ (taz) vom 7. Juni 2008 sagte Körting, das Bundesinnenministerium solle in Absprache mit den Ländern eine Aufenthaltserlaubniszusage erteilen. Die ausgewählten Flüchtlinge sollten zunächst eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Bei der Auswahl solle, laut Körting, die Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge im Vordergrund stehen.

Weitere Infos:

www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/nicht-nur-ein-paar-hundert: Das gesamte Interview mit dem Berliner Innensenator Körting

dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16166.pdf: Protokoll der Bundestagsdebatte zum Thema am 5. Juni 2008, S. 148 ff.

www.save-me-muenchen.de: Infos zur Resettlementkampagne des Bayerischen Flüchtlingsrates und zum Beschluss des Stadtrats der Stadt München, die Kampagne zu unterstützen: Die Stadt will durch den Oberbürgermeister die Bundesregierung auffordern, ein Resettlementprogramm durchzuführen, und sie will das ehrenamtliche Engagement unterstützen.

Interkulturelle Woche/Tag des Flüchtlings 2008

"xclusiv Nr. 5" – Autorinnen und Autoren gesucht

Auch in diesem Jahr wollen wir in der Interkulturellen Woche ab Ende September eine weitere Ausgabe von "xclusiv" präsentieren, die von den ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen in Baden-Württemberg verteilt werden kann.

Auch 2008 wollen wir Sie bitten, Flüchtlinge für dieses Projekt zu gewinnen und dafür zu begeistern, einen Beitrag für diese Zeitung zu schreiben. Wir wollen in diesem Jahr kein bestimmtes Thema vorgeben, sondern suchen Beiträge, Bilder, Geschichten, Fotos, Zeichnungen, Essays, Betrachtungen, Aufsätze von Flüchtlingen mit den Themen, die Flüchtlinge beschäftigen und über die sie berichten wollen

Die Texte werden in deutscher und in der Sprache des Flüchtlings gedruckt. Für uns wäre es eine Erleichterung, wenn wir den Beitrag in der Muttersprache als auch in deutscher Übersetzung erhalten könnten. Falls das nicht möglich ist, sorgen wir für eine Übersetzung.

Flüchtlinge, die nicht anonym bleiben wollen, können sehr gerne einen kurzen Lebenslauf oder eine Beschreibung ihrer Person und Situation und ein Foto beifügen.

Außerdem würden wir in der Zeitung gerne Flüchtlinge porträtieren: Flüchtlinge, die nach langen Jahren bangen Wartens endlich eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, sei es aufgrund der Bleiberechtsregelung oder einer Entscheidung der Härtefallkommission. Flüchtlinge, die seit Jahren auf ein Aufenthaltsrecht hoffen, aber aufgrund von knapp verpassten Fristen, strikt gefassten Ausschlussgründen oder eingeleiteten Widerrufverfahren immer wieder durchs Raster gefallen sind. Schicken Sie uns Ihre Geschichte!

Einsendeschluss für alle Beiträge, Fotos, Bilder, Fluchtbiografien ist der 15. Juli 2008.

Bitte senden Sie Ihren Beitrag an die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart, info@fluechtlingsrat-bw.de

Termine

Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedensgemeindehaus:

12.07.2008 – Programm/Infos siehe S. 8

08.11.2008 – mit Jubiläum „20 Jahre Flüchtlingsrat/Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg“

Herbsttagung Bad Boll

12.-14.09.2008: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge? – Die Situation an den Außengrenzen im Osten und Südosten und der Zugang zu Asylverfahren. Programm/Infos siehe unter 2.



Sonstige Termine:

27.06.-22.07.2008, Freiburg, Seepark: Ausstellung „Überleben auf der Flucht“. Bei der Ausstellung handelt es sich um ein 900m² großes, nachgebautes Flüchtlingslager, wie es z. B. im Tschad oder im sudanesischen Darfur zu finden ist.. Besonders anschaulich wird dies bei Führungen, die von Projektmitarbeitern von „Ärzte ohne Grenzen“ angeboten werden.

2.-20.07.2008, Reutlingen, Katharinenkirche, Rommelsbacherstraße 2: Ausstellung „Frauen – Kunst – Exil“: Die Ausstellung entstand im Rahmen eines Werkstattprojektes des „Arbeitskreises Flüchtlingsfrauen Stuttgart“. In der Region lebende Flüchtlingsfrauen verschiedenster Herkunftsländer haben ihren Eindrücken aus den Heimatländern und dem Leben im Exil künstlerisch Ausdruck verliehen.

Zur Ausstellungseröffnung mit Festvortrag am 2. Juli, 19.30 Uhr, wird Anna Bülesbach, Leiterin der Zweigstelle des UNHCR in Nürnberg zum Thema „Die Situation von Flüchtlingsfrauen und Flüchtlingsmädchen in Deutschland“ referieren.

16.07.2008: 9.30-16 Uhr, Stuttgart:, Weckherlinhaus, Presselstraße 29: Eheschließung von und mit Flüchtlingen. Rechtliche Aspekte – Hinweise für die Beratungspraxis. Fachtag für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit.

Themen:

- Partnerschaften von und mit MigrantInnen
- Eheschließung unter Beteiligung von MigrantInnen
- Aufenthaltsrechtliche Aspekte der Eheschließung
- Eheschließung mit Muslimen
- Rechtliche Beratung von Heiratswilligen und Verheirateten

Anmeldung bis zum 10.07.2008 beim Diakonischen Werk Württemberg, Frau Grieser, Tel. 0711 1656-280, Fax: 1656-49280; E-Mail: grieser.c@diakonie-wuerttemberg.de.

19.-22.11.2008, Potsdam, Jugendherberge: Konferenz der „Jugendlichen ohne Grenzen“ (J.O.G.) anlässlich der parallel stattfindenden Innenministerkonferenz. 60 Jugendliche Flüchtlinge aus verschiedenen Bundesländern können daran teilnehmen. Schon bei den letzten Innenministerkonferenzen hat sich „Jugendliche ohne Grenzen“, ein Zusammenschluss von betroffenen Jugendlichen, für ein weitreichendes Bleiberecht und die volle Umsetzung der UN-Kinderrechte in Deutschland stark gemacht. Insbesondere wurden Konferenzen von und für die betroffenen Jugendlichen organisiert, um über Hintergründe von Duldung, Abschiebung und Flucht zu informieren, Wissen zu vermitteln und vor allem um Perspektiven für ein Bleiberecht zu entwickeln.

Im November 2006 schließlich sahen sich die Innenminister gezwungen ein Bleiberecht zu erlassen, und viele, die vorher bei JOG dabei waren, haben eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. J.O.G. wollen jedoch dafür kämpfen, dass auch die anderen geduldeten und illegalen Flüchtlinge in Deutschland bleiben dürfen.

Weitere Informationen zur Konferenz erhalten Sie über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, Tel. 0711 5532834, E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de.

26.06.2008: Tag zur Unterstützung der Folteropfer
28.09.-4.10.2008: Interkulturelle Woche
03.10.2008: Tag des Flüchtlings
20.11.2008: Tag der Kinderrechte
10.12.2008: Tag der Menschenrechte (Dieses Jahr: 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte)

Ausstellung

'Schau mich an'

eine Ausstellung mit 25 lebensgroßen Portrait-Aufnahmen von Schutzsuchenden in Deutschland



In den Jahren 2002 bis 2005 entstanden im Rahmen des Projekts EQUAL in Heidelberg 25 lebensgroße Portrait-Aufnahmen von Schutzsuchenden in Deutschland, jeweils mit einer handschriftlichen Kurzdarstellung des Fluchtgrundes und der Zukunftspläne der Betroffenen.

Die Idee dazu hatte Kriztian Fonyodi, der im Rahmen des Projektes Deutsch als Fremdsprache für Asylsuchende unterrichtete. Durch die Arbeit als Dozent lernte der Fotograf die Sprachschüler und deren Probleme in ihrer neuen Umgebung kennen und verstehen: Die Enge und Isolation in der Gemeinschaftsunterkunft, die ständige Unsicherheit über den Verfahrensfortgang und die Angst ausgewiesen zu werden. Das Problem des Arbeitsverbots, das jegliche Zukunftsplanung unmöglich macht, das bedrückende Gefühl, hier nicht erwünscht zu sein.

Die Portraits und die kurzen Statements der Betroffenen bilden jeweils eine Einheit. Sie fordern heraus, genau hinzusehen, Bild und Text aufzunehmen.

Verleih der Ausstellung

Die Ausstellung wird vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unentgeltlich entliehen. Für die Ausstellung stellen wir Ihnen einen Infoflyer zur Verfügung, bei dem die Innenseite für Ihre individuellen Veranstaltungsdaten genutzt werden kann. Je nach Gestaltung ist die Innenseite dann gleichzeitig auch als Aushang verwendbar.

Die Portraits mit den dazugehörigen Statements der Betroffenen sind verglast und in Wechselrahmen montiert. Die Außenabmessungen der Rahmen betragen 54x73 cm. Der Transport sollte zweckmäßiger Weise in einem Fahrzeug mit entsprechendem Laderaum erfolgen, da sonst die Bruchgefahr der Glasscheiben zu groß ist. Nach Möglichkeit sollten beim Transport immer zwei Rahmen nebeneinander gelegt werden können, damit das Gewicht der übereinander liegenden Bilder nicht zu groß wird.

Anfragen zu Terminplanung und Transport an:

Udo Dreutler
Dietrich- Bonhoeffer-Str. 25
76275 Ettlingen
Tel.: 07243 128 66
Fax: 07243 4930
E-Mail: Dreutler@fluechtlingsrat-bw.de

Idee und Ausführung

Kriztian Fonyodi, Fotograf und Kameramann, in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaftsinitiative EQUAL, Heidelberg.

Einladung zur Plenumsitzung und Tagung am Samstag, den 12. Juli 2008, 9.30 - 17 Uhr

Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Schubartstraße 14, Stuttgart

Öffentliche Verkehrsmittel: Erreichbar mit U 9 und U 14 ab Hauptbahnhof/Arnold-Klett-Platz bis zur Haltestelle Neckartor.

PKW: Ab Hauptbahnhof über Schillerstraße (300m), links in die Willy-Brandt-Straße (600m), geradeaus auf die Neckarstraße (150m), rechts in die Friedenstraße. Schubartstraße kommt nach ca. 50 m



FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

- | | | | |
|--------------|--|--------------|---|
| 9.30 | Ankunft und Anmeldung | AG 4 | 20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg – ein Grund zu feiern!?
Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg feiert im Jahr 2008 sein 20jähriges Bestehen und will dieses Jubiläum im Herbst begehen. Welche Aktionen sind in diesem Zusammenhang möglich? Wie könnte das Jubiläumsprogramm aussehen?
<i>Moderation:</i> Angelika von Loeper, Ulrike Duchrow, Mitglieder des Sprecherrats |
| 10.00 | Begrüßung
Verschiedene Kurzinformationen | | |
| 10.30 | Arbeitsgruppen: | | |
| AG 1 | Bleiberecht/Härtefallkommission
Wie werden die Bleiberechtsregelungen umgesetzt? Bilanz nach zwei Jahren Härtefallkommission in Baden-Württemberg. Erörterung von Einzelfragen; aktuelle Rechtsprechung
<i>Referent:</i> Manfred Weidmann, Rechtsanwalt, Tübingen (angefragt) | 12.30 | Mittagspause |
| AG 2 | Widerrufsverfahren
Wie läuft ein Widerrufsverfahren ab? Was ist zu tun? Welche Konsequenzen hat der Widerruf einer Anerkennung? Was kann in diesem Falle getan werden, um die Aufenthaltsbeendigung abzuwenden?
<i>Referentin:</i> Vera Kohlmeyer-Kaiser, Rechtsanwältin, Aalen, Mitglied des Sprecherrats | 13.30 | Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| AG 3 | Einkommenssicherung für Arbeitssuchende Flüchtlinge
Flüchtlinge, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104 a erhalten haben, benötigen einen Arbeitsplatz, mit dem sie ihren Lebensunterhalt und ihren Aufenthalt dauerhaft sichern können. Wie können Flüchtlinge bei der Arbeitssuche unterstützt werden? Welche gelungenen Beispiele aus der Praxis gibt es bereits?
<i>Referentin:</i> Monika Bogemann, Berufsbildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (bfgw), Karlsruhe | 14.00 | „Resettlement“: <ul style="list-style-type: none">• <i>UNHCR-Position</i> zu den Möglichkeiten und konkreten Schritten in Bezug auf die Einrichtung eines Resettlement-Programms in der Bundesrepublik Deutschland
<i>Referent:</i> Norbert Trosien, UNHCR Berlin• Die „Save Me-Kampagne“ des Bayerischen Flüchtlingsrats: „850 Flüchtlinge für München!“ - Vorstellung der Kampagne.
<i>Referent:</i> Matthias Weinzierl, Bayerischer Flüchtlingsrat |
| | | 15.30 | Kaffeepause |
| | | 16.00 | Aktuelle Runde
Ausblick/Termine 2008
Jubiläum: 20 Jahre AK Asyl Baden-Württemberg/Flüchtlingsrat B.-W.
Berichte aus den Regionen
EFF 2008
Aktuelle Rechtsprechung |
| | | 17.00 | Ende |

Bitte abtrennen

Ja, ich komme zu der Tagung/Plenumsitzung des Flüchtlingsrats B.-W. am 12. Juli. 2008 in Stuttgart und nehme an AG 1 AG 2 AG 3 AG 4 teil. (Bitte ankreuzen)

Ich möchte am Mittagessen teilnehmen:

- Ja, nicht vegetarisch
 Ja, vegetarisch
 Nein

Name, Vorname; AK/FK

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Bitte bis zum 3.07.08 zurücksenden an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V., Geschäftsstelle: Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart,
Tel.: 07 11/ 55 32 83-4, Fax: 07 11/ 55 32 83-5, E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de,
Internet: www.fluechtlingsrat-bw.de